

Ä1 zu A2: § 6 Abs. 3 Geschäftsordnung

Antragsteller*innen Magali Hübers

Thema: [Thema des Änderungsantrags umreißen]

Nach Zeile 2 einfügen:

§ 6 SITZUNGSLEITUNG, DISKUSSIONSORDNUNG (3) Wortmeldungen können durch schriftliche Mitteilung bei der Sitzungsleitung oder durch Handzeichen eingereicht werden. Das Wort wird grundsätzlich in der Reihenfolge des Eingangs der Wortmeldung erteilt; hat ein*e Redner*in bereits zum Beratungsgegenstand gesprochen, wird zunächst die*der in der Reihenfolge der Wortmeldungen nächste Redner*in auf der Liste aufgerufen, die*der die wenigsten Redebeiträge zum Beratungsgegenstand aufweist (balancierte Redeliste). Dabei achtet das Präsidium darauf, unter Berücksichtigung der Reihenfolge der Wortmeldungen, abwechselnd einer FINTA* (Frauen, Inter, Nicht-Binär, Trans, Agender Person) und einem Cis-Mann das Wort zu erteilen. Das Präsidium informiert vor der ersten Beratung eines Gegenstands das Verfahren der Redeliste.

Umsetzung

Damit das Präsidium erkennen kann, ob die Personen, die sich melden, bevorzugt werden oder nicht, schreiben die Delegierten in der Redeliste eigenständig den Hinweis hinter ihren Namen entweder (b) bevorzugt oder (nb) nicht bevorzugt. Die Quotierung nach Geschlechtsidentität hat Vorrang vor der balancierten Redeliste. Um dies problemlos umzusetzen, können zwei Redelisten geführt werden.

Ä1 zu IA1: Positionen zu aktuellen und weiteren möglichen EU-Beitrittskandidaten

Antragsteller*innen Tobias Justinger RLP (LV Rheinland-Pfalz)

Antragstext

Nach Zeile 41 einfügen:

Darüber hinaus soll die Bereitschaft zum Beitritt und die schrittweise Umsetzung der Istanbul Konvention verlangt werden.

Begründung

Wenn der IA11: "Unsere Vision einer föderalistischen Außenpolitik" angenommen wird, ergibt sich ansonsten eine Lücke bezüglich der Aufnahme der feministischen Außenpolitik. Außerdem ist es in dem Interesse der JEF und der Europäischen Union die Frauenrechte zu stärken und wir sehen, wie schwierig es ist, auch Staaten wie Kroatien oder Polen als Mitgliedstaaten im Nachhinein zur Umsetzung zu bewegen. Warum also ein offensichtliches Problem erst dann lösen, wenn bereits eine Mitgliedschaft besteht?

Ä2 zu IA1: Positionen zu aktuellen und weiteren möglichen EU-Beitrittskandidaten

Antragsteller*innen Tobias Justinger (Landesverband RLP)

Antragstext

Von Zeile 59 bis 61 einfügen:

Funktionsfähigkeit sowie der Menschenrechtsslage in der Türkei vorangegangen sein muss. Hierzu wird die erneute Unterzeichnung, Ratifizierung und die nachweisbare Umsetzung der Istanbul Konvention als wichtiger Schritt angesehen. Sollte die Türkei die Beitrittsvoraussetzungen vollumfänglich erfüllen, d.h. auch die Besetzung Nordzyperns beenden, die militärischen Drohungen gegen

Begründung

Siehe oben. Außerdem ist der Austritt aus der Istanbul Konvention ein Ergebnis des politischen Entgegenkommens Erdos und der AKP gegenüber der islamistischen Orthodoxie und Extremisten. Gleichzeitig hat der Austritt gravierende materielle, gesundheitliche und psychologische Konsequenzen für die Frauen und der LGBTQ* Community. Ein Wiedereintritt wird unter einer neuen Regierung ohne Erdogan und der AKP als sehr wahrscheinlich angesehen.

Ä1 zu IA2: Größe gewinnen – Die Schaffung eines neuen Verständnisses der EU-Erweiterungspolitik

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 19 bis 21 einfügen:

ist dadurch in der Lage, auf globale Herausforderungen wie den Klimawandel, Umweltschutz, Wettbewerbsfähigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse und Regulierung der Finanzmärkte besser zu reagieren.

Ä2 zu IA2: Größe gewinnen – Die Schaffung eines neuen Verständnisses der EU-Erweiterungspolitik

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 40 bis 44 löschen:

Grundsätzlich darf es bei einem EU-Beitritt keine Rabatte, Vergünstigungen oder Opt-Outs geben. ~~Ausnahmen dürfen nur aufgrund geographischer Besonderheiten, zugunsten nationaler Minderheiten oder Überseegebieten und bei kulturellen Besonderheiten, die nicht im Widerspruch zu den europäischen Werten stehen und sich nicht wesentlich auf die EU auswirken, erfolgen.~~

Ä3 zu IA2: Größe gewinnen – Die Schaffung eines neuen Verständnisses der EU-Erweiterungspolitik

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 37 bis 38:

Dennoch bedarf es einer zielgerichteten Reform der Kopenhagener Kriterien. Bei der Anwendung ~~der~~dieser überarbeiteten Kopenhagener Kriterien darf es keine Kompromisse mehr geben, denn wenn einem neuen Mitgliedsstaat schon beim Beitritt das Gefühl gegeben

Ä4 zu IA2: Größe gewinnen – Die Schaffung eines neuen Verständnisses der EU-Erweiterungspolitik

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 63 bis 64 einfügen:

Stimmrechtsentzug müssen vom Rat der EU an den Europäischen Gerichtshof übergehen. Diese Kompetenzverschiebung ist nötig, um Blockadehaltungen einzelner Mitgliedstaaten im Rat zu verhindern und Grundrechte innerhalb der EU unabhängig aktueller nationaler Regierungen zu sichern.

Ä5 zu IA2: Größe gewinnen – Die Schaffung eines neuen Verständnisses der EU-Erweiterungspolitik

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 66 bis 86:

~~Der Beitrittsprozess beginnt mit Einreichung des Beitrittsantrags durch den beitrittswilligen Staat. Nächster Schritt ist die Verleihung des Beitrittskandidatenstatus durch die EU. Hierfür müssen noch nicht alle Beitrittsvoraussetzungen erfüllt sein, aber das Land sollte sich auf dem richtigen Weg befinden und bestrebt sein, notwendige Reformen durchzuführen. Bevor dann die Beitrittsverhandlungen beginnen, kann die EU noch Anforderungen an den beitrittswilligen Staat stellen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Beitrittsverhandlungen ein guter Hebel sind, um notwendige Reformen anzustoßen, weshalb die EU dies nutzen sollte. Reformen können mit schnellem Fortschreiten der Verhandlungen honoriert, bei Rückschritten die Verhandlungen verlangsamt und notfalls sogar eingefroren werden. Während der Beitrittsverhandlungen stellt die EU dem beitrittswilligen Staat finanzielle Mittel zur Verfügung, um die Anpassung an EU-Standards zu erleichtern. Gefördert werden vor allem Bildung, Justiz und Infrastruktur. Mindestens genauso wichtig muss jedoch die Unterstützung der Zivilgesellschaft sein. Neben EU-eigenen Programmen und der Förderung lokaler Organisationen, müssen hierbei auch politische Stiftungen sowie politische und nichtpolitische Jugendorganisationen miteinbezogen werden. Ferner wollen wir allen Beitrittskandidaten und Staaten mit Beitrittsperspektive sowie den Staaten der Europäischen Nachbarschaftspolitik anbieten, gegen angemessene finanzielle Beteiligung, Teil des Programms Erasmus+ zu werden, anstatt nur Partnerland zu sein.~~

Der derzeitige Beitrittsprozess ist aus unserer Sicht unzureichend. Neben der Förderung von Bildung, Justiz, Infrastruktur und zur Angleichung an den Binnenmarkt, muss die Unterstützung der Zivilgesellschaft mindestens genauso wichtig sein. Neben EU-eigenen Programmen und der Förderung lokaler Organisationen, müssen hierbei auch politische Stiftungen sowie politische und

nichtpolitische Jugendorganisationen miteinbezogen werden. Ferner wollen wir allen Beitrittskandidaten und Staaten mit Beitrittsperspektive sowie den Staaten der Europäischen Nachbarschaftspolitik anbieten, gegen angemessene finanzielle Beteiligung, Teil des Programms Erasmus+ zu werden, anstatt nur Partnerland zu sein.

Ä6 zu IA2: Größe gewinnen – Die Schaffung eines neuen Verständnisses der EU-Erweiterungspolitik

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 97 bis 99:

Nicht-EU-Mitglieder von zukünftigen Freihandelsabkommen der EU gleichermaßen profitieren. Hierbei ~~können~~dürfen die Zollunion bzw. der EWR ~~auch-dauerhafte~~keine dauerhaften Alternativen zu einem EU-Beitritt sein, wobei die Anforderungen an Demokratie,

Ä7 zu IA2: Größe gewinnen – Die Schaffung eines neuen Verständnisses der EU-Erweiterungspolitik

Antragsteller*innen Fabian Elbs

Antragstext

Von Zeile 5 bis 6 löschen:

Der Integrationsprozess von europäischen Staaten in die EU ist ~~jedoch~~ noch nicht abgeschlossen, weshalb mithilfe der EU-Erweiterungspolitik eine Vereinigung der

Ä8 zu IA2: Größe gewinnen – Die Schaffung eines neuen Verständnisses der EU-Erweiterungspolitik

Antragsteller*innen Fabian Elbs

Antragstext

Von Zeile 5 bis 6:

Der Integrationsprozess ~~von europäischen~~ europäischer Staaten in die EU ist jedoch noch nicht abgeschlossen, weshalb mithilfe der EU-Erweiterungspolitik eine Vereinigung der

Begründung

erfolgt mündlich

Ä1 zu IA3: Durchsetzung geltenden Arbeits- und EU-Rechts für im EU-Ausland beschäftigte EU-Bürger:innen

Antragsteller*innen JEF Bayern (beschlossen am: 02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 6 bis 7 löschen:

[Leerzeichen]- Sofern für die Erfüllung der voraussichtlich in Kraft tretenden EU-Richtlinie über angemessene armutsfeste Mindestlöhne notwendig und sofern noch nicht

Von Zeile 17 bis 21 löschen:

~~–die Bereitstellung auf den Seiten der mit dem Arbeitsmarkt oder Immigration verantwortlichen Ministerien der jeweiligen Mitgliedstaaten von EU– und nationalen relevanten rechtlichen Ansprüchen mobiler EU-Bürger:innen in allen Amtssprachen der EU-Mitgliedstaaten sowie zusätzlich in einfacher Sprache und Blindenschrift;~~

Begründung

erfolgt mündlich

Ä2 zu IA3: Durchsetzung geltenden Arbeits- und EU-Rechts für im EU-Ausland beschäftigte EU-Bürger:innen

Antragsteller*innen Matthias Spies

Antragstext

Von Zeile 6 bis 7 löschen:

[Leerzeichen]- Sofern für die Erfüllung der voraussichtlich in Kraft tretenden EU-Richtlinie über angemessene armutsfeste Mindestlöhne notwendig und sofern noch nicht

Von Zeile 44 bis 46 löschen:

- die aktive, konsequente Inanspruchnahme von verfügbaren EU-Geldern zur Einrichtung von Projekten für die Schaffung von angemessenem Wohnraum für ~~für~~regelmäßig wiederkehrende kurzfristig, wie langfristig im EU-Ausland

Ä1 zu IA5: Konsequenzen des russischen Angriffskriegs für Europa

Antragsteller*innen LV NRW (beschlossen am: 21.09.2022)

Antragstext

Von Zeile 58 bis 68 löschen:

~~Da aber die Ukraine nicht kurzfristig die Kopenhagener Beitrittskriterien erfüllen wird und ein Abweichen von ihnen die innere Stabilität und Kohäsion der EU gefährden würde, fordern wir, dass den Ukrainer:innen eine eigene Beitrittsperspektive ermöglicht wird. Mit dem langfristigen Ziel, die Ukraine zum vollwertigen Mitgliedstaat zu machen, sollen jetzt schon den Bürger:innen der Ukraine besondere Rechte gewährt werden. Dies betrifft:~~

- ~~• 1. Freizügigkeit und dauerhafte Arbeitserlaubnis innerhalb der EU~~
- ~~• 2. Niederlassungsfreiheit in der EU~~
- ~~• 3. Das Recht, von EU-Botschaften im Ausland Beistand zu erhalten~~

~~So können Ukrainer:innen viele der Rechte, für die sie kämpfen, genießen, ohne auf Reformen in ihrem Land warten zu müssen.~~

Begründung

Im Rahmen der Antragserstellung sahen die antragstellenden LVs diesen Aspekt als kontrovers und sehr diskussionswürdig. Daher würden wir gerne explizit über diesen Punkt auf den BuKo debattieren.

Ä2 zu IA5: Konsequenzen des russischen Angriffskriegs für Europa

Antragsteller*innen JEF Bayern (beschlossen am: 02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 108 bis 109:

~~Weiterhin ist es erforderlich, weitere Lieferanten und Quellen von Gas in Betracht zu ziehen.~~

Wir begrüßen ausdrücklich die deutschen und europäischen Bestrebungen, unsere Erdgasquellen zu diversifizieren. Wo immer möglich müssen neue Energieabkommen mit demokratischen Staaten wie Kanada, Norwegen oder den USA geschlossen werden, um uns aus der Abhängigkeit autoritärer Regime zu befreien.

Begründung

erfolgt mündlich

Ä3 zu IA5: Konsequenzen des russischen Angriffskriegs für Europa

Antragsteller*innen JEF Bayern (beschlossen am: 02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 47 bis 48 einfügen:

Entscheidungsträger:innen konsequent verfolgt werden, um grundloses Leiden zu vermeiden.

Damit endlich Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland möglich werden, muss die Ukraine jedoch in eine Position der Stärke versetzt werden. Daher begrüßen wir die Lieferung von schweren Waffen aus Ländern der EU und weiterer demokratischer Staaten in die Ukraine. Die jüngsten militärischen Erfolge der Ukraine unterstreichen noch einmal, wie wichtig diese Waffenlieferungen für das völkerrechtlich verbriefte Recht auf Selbstverteidigung des Landes sind. Wir fordern, dass die Ukraine so lange wie nötig militärisch, finanziell und humanitär durch die EU und ihre Verbündeten unterstützt wird.

Begründung

erfolgt mündlich

Ä4 zu IA5: Konsequenzen des russischen Angriffskriegs für Europa

Antragsteller*innen JEF Bayern (beschlossen am: 02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 2 bis 3 einfügen:

Seit dem 24. Februar 2022 herrscht Krieg in Europa. Der russische Präsident Wladimir Putin hat entschieden einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die souveräne Ukraine zu beginnen. Er und die russische Regierung tragen die alleinige Verantwortung für das Leid, das dieser Krieg mit sich bringt. Als JEF Deutschland verurteilen wir diese Aggression Putins aufs Schärfste und fordern den russischen Präsidenten auf, sofort jegliche Kampfhandlungen einzustellen und seine Truppen hinter die russische Grenze zurückzuziehen.

Ä5 zu IA5: Konsequenzen des russischen Angriffskriegs für Europa

Antragsteller*innen miriam.michenfelder@gmx.de
(Landesverband Baden-Württemberg)

Antragstext

Von Zeile 130 bis 135:

Die Standhaftigkeit europäischer Werte und Ideale wird letztlich aufgrund einer von Russland ausgelösten Energiekrise auf die Probe gestellt. ~~Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Opfer, die wir alle in der EU bringen müssen, nichts im Vergleich zu den Opfern sind, die die Menschen in der Ukraine erbringen.~~ Deshalb ist es umso wichtiger, als Europäische Union zusammenzuhalten und uns nicht von den Aggressionen Russlands entzweien zu lassen. Die Sanktionen gegenüber Russland sind alternativlos und die Solidarität mit der Ukraine von höchster Bedeutung.

Wir sind es unseren Freund:innen in der Ukraine schuldig, gemeinsam mit ihnen für Frieden und Freiheit in einem geeinten Europa einzustehen.

~~Wir sind es unseren Freund:innen in der Ukraine schuldig, gemeinsam mit ihnen für Frieden und Freiheit in einem geeinten Europa einzustehen.~~

Begründung

Zeile 132: ich persönlich finde "nichts" zu stark, da auch hier in Deutschland einige Menschen aufgrund der Sanktionen um ihre Existenz bangen müssen. Ich finde es allgemein schwierig Leid mit Leid aufzuwiegen oder zu vergleichen.

Ä6 zu IA5: Konsequenzen des russischen Angriffskriegs für Europa

Antragsteller*innen Malte Heimbächer (LV Baden-Württemberg)

Antragstext

Von Zeile 117 bis 129 löschen:

~~Die Energiewende kann weiter nur gemeistert werden, wenn die schon bestehenden Richtlinien schneller und effizienter umgesetzt werden. Insbesondere im Strom- und Gasbereich besteht schon eine umfangreiche Regulierung, die allerdings von den Mitgliedstaaten nur schleppend realisiert wird. Verbraucher:innen wären bereits heute in Anbetracht der Krise wesentlich besser geschützt, wenn die Mitgliedstaaten ihren Pflichten zur Umsetzung der Richtlinien rechtzeitig und hinreichend nachgekommen wären. Es ist erforderlich, dass bei Verstößen die Vertragsverletzungsverfahren zügig durchgeführt werden. Außerdem muss für eine zügige und korrekte Umsetzung von Richtlinien ein stetiger Austausch zwischen der Union und den Mitgliedstaaten erfolgen, durch den Hindernisse frühzeitig erkannt werden. Über die Kommission gesteuerte best-practice-Austausche zwischen den Mitgliedstaaten sind dabei ein wertvoller Ansatz, von dem regelmäßig und bereits vor Ablauf der Umsetzungsfristen Gebrauch gemacht werden sollte.~~

Begründung

Meiner Meinung nach verliert sich der Antrag hier in internen Strukturen der EU. Die Diversifizierung der Energiequellen muss im Antrag vorkommen. Der hier gelöschte Absatz verliert jedoch das Thema Russland etwas aus den Augen. Um den Antrag schlank und gut lesbar zu halten, würde ich den Absatz mit Verweis auf bereits bestehende klimapolitische Anträge der letzten Jahre, löschen.

Ä8 zu IA5: Konsequenzen des russischen Angriffskriegs für Europa

Antragsteller*innen Matthias Spies

Antragstext

Von Zeile 91 bis 101:

der jahrelangen Abhängigkeit von russischem Gas und daraus resultierende Erpressbarkeit, die auch die deutsche Regierung zu verantworten hat. ~~Der „Wandel durch Handel“ und die „Neue Ostpolitik“ waren zur Zeit des Kalten Krieges der goldene Standard der Außenpolitik mit autoritären Staaten in Osteuropa. Doch seit dem Zerfall der Sowjetunion hat sich diese Strategie im Umgang mit der Russischen Föderation als fehlerhaft erwiesen. Es war frühestens seit Beginn der Jahrtausendwende das Ziel des Kremls, einen Keil zwischen EU-Mitglieder und Partner zu treiben und die Wirtschaften Europas von sich abhängig zu machen. Letztendlich waren die europäischen Energie- und Außenpolitiken geprägt von mangelndem Vertrauen in europäische Partner~~

„Wandel durch Annäherung“ und „Die Neue Ostpolitik“ waren zur Zeit des kalten Krieges der goldene Standard der Außenpolitik mit autoritären Staaten in Osteuropa. Doch seit dem Zerfall der Sowjetunion wandelte sich diese Strategie in unseren Beziehungen zu Russland in eine einfache Handelsstrategie. Spätestens etabliert durch die Regierung um Gerhard Schröder, setzte sich diese Politik unter den Regierungen von Angela Merkel fort. Obwohl östliche Partner innerhalb der EU vor Abhängigkeiten gegenüber der Politik des Kremls beständig warnten, ignorierte die deutsche Politik diese Stimmen. Dies war ein grauenhafter Fehler, da wir nun erkennen müssen, dass diese Abhängigkeiten wirklich bestanden und uns mit unseren östlichen Partnern in der EU entfremdete. Letzendlich waren die europäischen Energie- und Außenpolitiken geprägt von mangelndem Vertrauen in europäische Partner, sowie von unkoordinierten Alleingängen.

Ä9 zu IA5: Konsequenzen des russischen Angriffskriegs für Europa

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 13 bis 15 einfügen:

insbesondere gegenüber den in die EU geflüchteten Ukrainer:innen. Zugleich heißen wir den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Plan zur Einrichtung einer Wiederaufbau-Plattform für die Ukraine willkommen und begrüßen ihre

Ä10 zu IA5: Konsequenzen des russischen Angriffskriegs für Europa

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 23 bis 27:

nicht hinnehmbarer Völkerrechtsbruch. Die außerterritorialen Gebietsansprüche Russlands, ~~die unter Anwendung kriegerischer Handlungen versucht werden durchzusetzen, sind illegitim und das daraus folgende Leid der ukrainischen Zivilbevölkerung ist untragbar.~~ sind illegitim und das daraus folgende Leid der ukrainischen Zivilbevölkerung ist untragbar. Die Scheinreferenden in den durch pro-russische Separatisten besetzten ukrainischen Gebieten Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja wurden unter Zwang durchgeführt und sind daher völkerrechtswidrig. Bei den illegalen Annexionen der ukrainischen Regionen handelt es sich um Fremdbestimmung durch den Kreml, der dadurch weitere Menschenrechtsverletzungen legitimiert. Insbesondere systematische Verschleppungen von Menschen aus der Ukraine nach Russland und an die Frontlinie des Krieges, um für Russland gegen die eigene Bevölkerung zu kämpfen, verurteilen wir zutiefst und fordern die EU auf, weitere Fluchtwege in die EU für Ukrainer*innen bereitzustellen, wo dies möglich ist.

Ä11 zu IA5: Konsequenzen des russischen Angriffskriegs für Europa

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 27 bis 31:

resultierende Verzerrung der Realität verleiten Großteile der russischen Zivilbevölkerung zur Billigung, ~~wenn nicht sogar~~ bis hin zur Befürwortung der kriegerischen Aggression. Unsere Solidarität gilt daher auch denjenigen in der russischen Bevölkerung, die den Krieg nicht wollen ~~und~~, die sich dagegen aussprechen und deshalb unter innenpolitischer Verfolgung leiden. Wir ermutigen die russische

Ä12 zu IA5: Konsequenzen des russischen Angriffskriegs für Europa

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 34 bis 35 einfügen:

all ihrer Kollaborateure, Unterstützer und historischer Wegbereiter ist und bleibt zu verurteilen. Dies gilt vor allem für Lukaschenko, der nach der Bereitstellung belarussischer Militärstützpunkte für russische Angriffe auf die Ukraine nun Russlands Angriffskrieg sogar mit den eigenen Streitkräften militärisch unterstützen will. Spätestens jetzt müssen die Sanktionen der EU als Reaktion auf die Ankündigung der russisch-belarussischen Militäreinheit auf Lukaschenko und seine Gefolgsleute ausgeweitet werden.

Ä13 zu IA5: Konsequenzen des russischen Angriffskriegs für Europa

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 46 bis 48:

oberste Priorität in der Außenpolitik der EU haben und von den Entscheidungsträger:innen konsequent verfolgt werden, um ~~grundloses Leiden~~ weiteres Leid zu vermeiden.

Ä15 zu IA5: Konsequenzen des russischen Angriffskriegs für Europa

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 129 bis 130 einfügen:

Darüber hinaus offenbaren unter anderem die jüngsten Schäden an den Gas- und Ölpipelines in der Ostsee sowie die langfristige Desinformationskampagnen Russlands die Anfälligkeit der kritischen Infrastruktur Europas. Die JEF befürwortet daher die bestehenden Richtlinien der EU und NATO, die die kritische Infrastruktur in den EU-Mitgliedstaaten schützen sollen und fordert darüber hinaus eine enge Kooperation zwischen den Staaten für eine konsequente und koordinierte Umsetzung dieser Richtlinien.

Ä16 zu IA5: Konsequenzen des russischen Angriffskriegs für Europa

Antragsteller*innen Tobias Justinger

Antragstext

Von Zeile 67 bis 68:

~~So können Ukrainer:innen viele der Rechte, für die sie kämpfen, genießen, ohne auf Reformen in ihrem Land warten zu müssen.~~ So können die Ukrainer:innen unabhängig der russischen Bestrebungen bisherige Reformen rückgängig zu machen und zukünftige für den EU-Beitritt zu verhindern, die Rechte in Anspruch nehmen für die sie bereits kämpfen. Sie müssen demzufolge nicht auf Reformen warten, die durch den Krieg verzögert werden.

Ä1 zu IA6: Frontex an die kurze Leine nehmen: Für die Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle gegenüber Frontex.

Antragsteller*innen Markus Tichy ((LV NRW))

Antragstext

Von Zeile 1 bis 3:

Oftmals mittellose Menschen, insbesondere Geflüchtete, sind an Europas Außengrenzen ~~sind~~ auf sich selbst gestellt, wenn sie ungerechtfertigte Polizeigewalt, illegale Push-Backs^[1] oder Schlimmeres wie vorsätzlich herbeigeführte Seenot^[2]

Begründung

Veränderung im Satzbau. So ist es besser lesbar.

Ä2 zu IA6: Frontex an die kurze Leine nehmen: Für die Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle gegenüber Frontex.

Antragsteller*innen Markus Tichy (LV NRW)

Antragstext

Von Zeile 2 bis 5:

sind auf sich selbst gestellt, wenn sie ungerechtfertigte Polizeigewalt, illegale Push-~~Baeks~~^[1]~~Baeks~~ oder Schlimmeres wie vorsätzlich herbeigeführte ~~Seenot~~^[2]~~Seenot~~ erfahren. Durch Menschenrechtsorganisationen ist ~~nachgewiesen~~^[3]~~nachgewiesen~~, dass es die EU-Grenzschutz-Agentur Frontex selbst ist, die an illegalen Push-Backs beteiligt

Von Zeile 7 bis 9:

Dem steht das schnelle Wachstum und die stetige Ausweitung der Kompetenzen von Frontex gegenüber^[4]^[1]. Die Agentur wird mit Waffen, eigenen Schiffen, Helikoptern, Drohnen und bis 2027 mit mehr als 10.000 Grenzschützer:innen

Von Zeile 48 bis 49:

- idealerweise vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)^[6]^[2].

Von Zeile 64 bis 81:

—

~~[1]-Seit dem Jahr 2016 hat das „Border Violence Monitoring Network“ Berichte von 12.654 gewaltsamen Pushbacks an den europäischen Außengrenzen dokumentiert~~

~~(<https://www.swr.de/swr2/wissen/illegale-pushbacks-gegen-fluechtlinge-wer-kontrolliert-frontex-sw2-wissen-2021-02-15-100.html>) [zuletzt aufgerufen: 10.09.2022]~~

~~[2]-v.a.: Kenternlassen ohnehin schon seeuntüchtiger Boote.~~

~~[3]-vgl. die Bellingcat Recherche: “Frontex at Fault: European Border Force Complicit in~~

Illegal

<https://www.bellingcat.com/news/2020/10/23/frontex-at-fault-european-border-force-complicit-in-illegal-pushbacks/> ~~[zuletzt aufgerufen: 10.09.2022]~~

[4][1] 2005 betrug der Etat 6 Mio. EUR. 2020 waren es 460 Mio. EUR.

[5] Vgl. Strik, Tineke: *European Oversight on Frontex: How to Strengthen Democratic Accountability*, *VerfBlog*, 2022/9/08;

<https://verfassungsblog.de/european-oversight-on-frontex/> ~~[zuletzt aufgerufen: 10.09.2022]~~

[6][2] Hierfür müsste die EU sich der Gerichtsbarkeit des EGMR durch einen Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) unterwerfen. Hierzu hat sich

Begründung

Quellennachweise wurden im Sinne der Einheitlichkeit der bisherigen Beschlüsse aus dem Antragstext herausgenommen.

Ä3 zu IA6: Frontex an die kurze Leine nehmen: Für die Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle gegenüber Frontex.

Antragsteller*innen David Hutzler (JEF Baden-Württemberg)

Antragstext

Nach Zeile 52 einfügen:

- Auch muss die Einrichtung einer Anlaufstelle sichergestellt werden, die bei Rechtsverletzungen an der Grenze auch von Nicht-Eu-Bürgern direkt angerufen werden kann.

Begründung

Die Anrufung von Missständen ist bisher nur von EU-Bürgern bei der Europäischen Bürgerbeauftragten möglich. So können Geschädigte weder selbst noch stellvertretend ihre Menschenrechte gegenüber Frontex geltend machen.

<https://www.ombudsman.europa.eu/de/home>

Ä4 zu IA6: Frontex an die kurze Leine nehmen: Für die Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle gegenüber Frontex.

Antragsteller*innen Matthias Spies

Antragstext

Von Zeile 30 bis 31 einfügen:

Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, wie in 3.3. unseres politischen Programms von 2021 formuliert.

Des Weiteren fordern wir in unserem politischen Programm (Kapitel 4.4) eine gemeinsame Asylbehörde auf Ebene der Föderation, welche solidarisch und europaweit über Asylanträge entscheidet. Bis diese Asylbehörde umgesetzt ist, fordern wir ein generelles Abschiebungsmoratorium. Kein mit Frontex verknüpftes "Europäisches Rückkehrzentrum" bevor es keine gemeinschaftliche Asyl- und Migrationspolitik gibt.

Begründung

Erfolgt mündlich

Ä1 zu IA7: Für ein europäisches Vereinsrecht

Antragsteller*innen miriam.michenfelder@gmx.de
(Landesverband Baden-Württemberg)

Antragstext

Von Zeile 1 bis 27:

~~In Anbetracht der Erwägungen, dass~~

- ~~1. eine sichtbare europäische Zivilgesellschaft ein starker und immens wichtiger Teil für das politische und gesellschaftliche Zusammenleben in Europa ist,~~
- ~~2. es im Sinne eines friedlichen und demokratischen Zusammenlebens für alle Menschen in der EU erforderlich ist, den steigenden Druck auf Zivilgesellschaften zu nehmen und deren Handlungsfähigkeit sicherzustellen,~~
- ~~3. Vereine eine gute Möglichkeit sind, sich einzubringen und die eigenen Interessen in den Fokus der Debatten zu rücken~~
- ~~4. grenzüberschreitende Aktivitäten, die durch internationale Akteure geplant und organisiert werden, gegenwärtig regelmäßig vor Herausforderungen stehen, z.B. in Bezug auf ihre Finanzierung, den Versicherungsschutz sowie rechtliche Fragen im Allgemeinen,~~
- ~~5. Verbände und Vereine trotz grenzüberschreitender Tätigkeit keine entsprechende Rechtsform wählen können,~~
- ~~6. innerhalb der JEF bereits jetzt transnationale Strukturen (z.B. JEF Oberrhein, JEF Großregion) bestehen, die gezwungen sind, sich in ihrer Mitgliederstruktur national zu organisieren,~~
- ~~7. insbesondere unser Europaverband, die JEF Europe, die Rechtsform eines belgischen Vereins hat und auf sie deshalb nur belgisches Vereinsrecht anwendbar ist, obwohl sie europaweit tätig ist und ihr Vorstand aus Mitgliedern aus mehreren EU-Staaten besteht,~~
- ~~8. wir uns schließlich für eine Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements in Europa einsetzen,~~

Vereine sind nicht nur ein wichtiger Bestandteil für das politische und gesellschaftliche Zusammenleben, sondern spielen auch eine wichtige Rolle in der persönlichen Entwicklung. Vereine fördern den Zusammenhalt, die Meinungsfindung und den

Austausch von Standpunkten, sowie den transnationalen Austausch und tragen damit zur Völkerverständigung bei.

Innerhalb der JEF werden bereits durch transnationale Strukturen (z.B. JEF Oberrhein, JEF Großregion) solche grenzüberschreitende Tätigkeiten durchgeführt. Jedoch gibt es keine entsprechende Rechtsform für Organisationen, deren Mitglieder aus mehreren EU-Staaten bestehen.

Daher fordern wir, dass Vereine auch grenzüberschreitend gegründet werden können und dafür ein europäisches Vereinsrecht geschaffen wird.

Begründung

Wir empfinden den Antrag als sehr wichtig und stimmen diesem prinzipiell auch zu. Um den Antrag jedoch noch klarer und prägnanter zu formulieren, schlagen wir vor die "Erwägungen" in einen kompakten Text umzuformulieren.

Ä1 zu IA8: Ländlichen Raum stärken: Die JEF darf kein urbanes Projekt bleiben!

Antragsteller*innen

LV NRW (beschlossen am: 21.09.2022)

Antragstext

Von Zeile 26 bis 27:

- Wir ~~verpflichten-uns~~streben als JEF an, in unseren Aktionen und Projekten auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Stadt und Land zu achten.

Begründung

Eine Verpflichtung wäre zu weitreichend. Wären wir dann zB als Landesverband verpflichtet, abwechselnd Veranstaltungen in Düsseldorf und am dörflichen Niederrhein auszurichten? Auch ist der Fakt, dass politische Aktivitäten, Aktionen, Gespräche etc. in den Landeshauptstädten bzw. in Berlin nun einmal am besten funktionieren, nicht zu leugnen.

Ä2 zu IA8: Ländlichen Raum stärken: Die JEF darf kein urbanes Projekt bleiben!

Antragsteller*innen Markus Tichy (LV NRW)

Antragstext

Nach Zeile 34 einfügen:

Gleichzeitig soll unsere Bundes-AG Verbandsentwicklung sich dieses Themas annehmen und Konzepte sowie Leitlinien zur Umsetzung dieser Punkte erarbeiten.

Begründung

Dieser Zusatz ist notwendig, damit es nicht bei einer bloßen Absichtsbekundung bleibt.

Ä3 zu IA8: Ländlichen Raum stärken: Die JEF darf kein urbanes Projekt bleiben!

Antragsteller*innen Tobias Schrimpf (JEF Baden-Württemberg)

Antragstext

In Zeile 22:

~~Daher verpflichten wir uns als JEF zu folgenden Punkten:~~

Daher streben wir als JEF folgende Punkte an:

Begründung

Die folgenden Punkte sollen nicht verpflichtend sein. In einem anderen Änderungsantrag werden weiter unten konkrete Forderungen formuliert.

Ä4 zu IA8: Ländlichen Raum stärken: Die JEF darf kein urbanes Projekt bleiben!

Antragsteller*innen Tobias Schrimpf (JEF Baden-Württemberg)

Antragstext

Von Zeile 8 bis 14:

zu studieren, ihre Ausbildung abzuschließen oder eine Arbeitsstelle anzunehmen. ~~Im ländlichen Raum gibt es Probleme, die die Lebensqualität auf unterschiedliche Art und Weise beeinträchtigen. Die Infrastruktur in ländlichen Regionen ist weiterhin unzureichend und wird eher zurückgebaut, anstatt diese Gebiete attraktiv zu gestalten. Dies hat auch einen negativen Einfluss auf die Möglichkeiten der Menschen, sich gesellschaftlich zu engagieren.~~ Strukturelle und ökonomische Probleme haben einen negativen Einfluss auf die Möglichkeiten von Menschen in ländlichen Regionen, sich gesellschaftlich zu engagieren. Als Jugendverband, der von ehrenamtlicher Arbeit lebt und dessen Verständnis es ist,

Begründung

Fokussiert die Aussage des Textes auf unser Anliegen als Verband: Die Förderung der Möglichkeit zur gesellschaftlichen Partizipation.

Ä5 zu IA8: Ländlichen Raum stärken: Die JEF darf kein urbanes Projekt bleiben!

Antragsteller*innen Tobias Schrimpf (JEF Baden-Württemberg)

Antragstext

Von Zeile 5 bis 10 löschen:

einher gehen auch die möglichen gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten der dort lebenden Personen. ~~Insbesondere in ostdeutschen Gebieten verlassen junge Leute vermehrt den ländlichen Raum, um in infrastrukturstärkeren Regionen zu studieren, ihre Ausbildung abzuschließen oder eine Arbeitsstelle anzunehmen.~~ Im ländlichen Raum gibt es Probleme, die die Lebensqualität auf unterschiedliche Art und Weise beeinträchtigen. Die Infrastruktur in ländlichen

Begründung

Der explizite Verweis auf die Situation in ostdeutschen Gebieten scheint nicht ganz passend, da das Thema allgemein der ländliche Raum bleiben sollte.

Ä6 zu IA8: Ländlichen Raum stärken: Die JEF darf kein urbanes Projekt bleiben!

Antragsteller*innen

Alica Steinhart (JEF Baden-Württemberg)

Antragstext

Von Zeile 28 bis 34:

- ~~Wir setzen uns dafür ein, Landesverbände und Kreisverbände dabei zu unterstützen, Konzepte und strukturelle Maßnahmen zu erarbeiten und den Austausch zwischen ihnen zu fördern.~~
- „Wir fordern eine Initiative der Bundes- und Landesebene zur Unterstützung der Kreisverbände, um Konzepte und strukturelle Maßnahmen zu erarbeiten und den Austausch zwischen Stadt und Land zu fördern. Dazu zählt zum Beispiel auch die finanzielle Unterstützung von Projekten und Veranstaltungen im ländlichen Raum.“
- ~~Dabei achten wir darauf, dass unsere Aktionen auch von der Bevölkerung auf dem Land ideell, organisatorisch und inhaltlich erreichbar sind.~~
- ~~Dabei arbeiten wir zielgruppengerecht und entwickeln, wo möglich, gemeinsam mit lokalen Akteur:innen passende Formate.~~

Begründung

Diese Punkte sind in den vorherigen ÄA zur Änderung von Zeile 26-27 eingearbeitet und die Forderungen werden konkret zu einem Punkt zusammengeführt. Wichtig ist uns hierbei, dass die Initiative und Verantwortung den ländlichen Raum zu stärken, von der Bundes- und Landesebene ausgehen soll.

Ä7 zu IA8: Ländlichen Raum stärken: Die JEF darf kein urbanes Projekt bleiben!

Antragsteller*innen Alica Steinhart (JEF Baden-Württemberg)

Antragstext

Von Zeile 26 bis 27:

- ~~Wir verpflichten uns als JEF, in unseren Aktionen und Projekten auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Stadt und Land zu achten.~~
- Zeile 26-27 abändern in:
„Wir achten darauf, dass wir mit unseren Aktionen und Projekten den ländlichen Raum erreichen und integrieren. Dafür möchten wir auch gerne mit lokalen Akteur:innen zusammenarbeiten und passende Formate entwickeln, um ländliche Bevölkerung auch ideell, organisatorisch und inhaltlich zu erreichen.“

Begründung

Fasst diesen und weitere Punkte/Forderungen zusammen.

Ä9 zu IA8: Ländlichen Raum stärken: Die JEF darf kein urbanes Projekt bleiben!

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Nach Zeile 34 einfügen:

- Die Fortschritte der selbstgesteckten Ziele zur Aktivierung des ländlichen Raumes sollen jährlich überprüft und schriftlich innerhalb eines verstetigten Jahresberichts zur Verbandsentwicklung festgehalten werden.

Ä10 zu IA8: Ländlichen Raum stärken: Die JEF darf kein urbanes Projekt bleiben!

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 26 bis 27:

- Wir verpflichten uns als JEF, in unseren Aktionen und Projekten auf ein ausgewogenes ~~s~~res Verhältnis zwischen Stadt und Land zu achten.

Ä11 zu IA8: Ländlichen Raum stärken: Die JEF darf kein urbanes Projekt bleiben!

Antragsteller*innen

Stella Fink

Antragstext

Von Zeile 16 bis 21:

von essenzieller Bedeutung, diesen Umstand zu verbessern. Dafür ist es notwendig, auch in ländlichen Gebieten für Europa zu werben, die Perspektiven ~~der dort lebenden Menschen zu kennen und ihre Belange in unsere Arbeit zu integrieren. Gerade durch Potentiale, die ein starkes europäisches Bewusstsein in ländlichen Regionen Deutschlands bietet, sollte die JEF die Chance ergreifen, hier aktiver aufzutreten.~~ und Lebenswirklichkeiten der dort lebenden Menschen zu kennen und ihre Belange in unsere Arbeit zu integrieren. Da es das Ziel der JEF ist, möglichst viele und besonders auch Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen zu erreichen, bieten die ländlichen Regionen Deutschlands hier viel Potential. Ebenso ist es unser Anliegen, europäisches Bewusstsein in allen Bevölkerungsgruppen zu schaffen.

**Ä1 zu IA10: Impulse für den künftigen europäischen Arbeitsmarkt –
Handlungsempfehlungen (in postpandemischen Zeiten)**

Antragsteller*innen Moritz Ansorge

Antragstext

Von Zeile 11 bis 13 einfügen:

Die Jugendarbeitslosigkeit hat besonders am Anfang der 2010er Jahre wie kein weiteres Thema ein Nord-Süd und West-Ost-Gefälle innerhalb der EU offenbart. Dabei gelang es bis zum Ende des Jahrzehnts eine relative Minderung der gesamteuropäischen

Begründung

...selbsterklärend

**Ä2 zu IA10: Impulse für den künftigen europäischen Arbeitsmarkt –
Handlungsempfehlungen (in postpandemischen Zeiten)**

Antragsteller*innen JEF Bayern

Antragstext

Nach Zeile 31 einfügen:

- Zur Ermöglichung transnationaler Lebensrealitäten, insbesondere bei jungen Menschen und zur weiteren Förderung des europäischen Gedankens als auch der Arbeitsfreizügigkeit, die Einführung einer EU-weiten einheitlichen Regelung, die es erlaubt in solchen Berufen, in denen mobiles Arbeiten grundsätzlich möglich ist, dies auch unbegrenzt aus dem EU-Ausland zu tun. Eine Harmonisierung bestehender nationaler und europäischer Regelungen auf den Gebieten des Arbeitsrechtes (Besteuerung, Versicherungen, etc.) sind dabei unumgänglich.

Begründung

mündlich

Ä4 zu IA11: Unsere Vision einer föderalistischen Außenpolitik

Antragsteller*innen

LV NRW (beschlossen am: 21.09.2022)

Antragstext

Von Zeile 54 bis 56:

einstimmige Beschluss von Sanktionen nicht länger von außergewöhnlichen Umständen abhängig ist, ~~sondern~~. Vielmehr müssen die institutionellen Grundlagen ~~dazu~~ ausreichen dafür geschaffen werden., dass die EU auch dauerhaft geeint, geschlossen und schnell reagieren kann. Nur

Begründung

Der Satz ist ohne die Änderung etwas sperrig. Die Formulierung "dazu ausreichen" suggeriert, dass die institutionellen Grundlagen schon geschaffen sind. Dies ist aber nicht der Fall - sie müssen noch geschaffen werden.

Ä5 zu IA11: Unsere Vision einer föderalistischen Außenpolitik

Antragsteller*innen

LV NRW (beschlossen am: 21.09.2022)

Antragstext

Von Zeile 14 bis 23:

(EPG) der erste Versuch unternommen worden, eine gemeinsame Außenpolitik nach föderalistischen Grundsätzen zu schaffen. ~~Gerade einmal wenige Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs strebten die sechs Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl an, gemeinsame politische Strukturen zu schaffen und innerhalb einer "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" (EVG) ihre Verteidigungs- sowie Außenpolitik zu koordinieren. Im Laufe der Ratifizierung erteilte die französische Nationalversammlung jedoch ihr Nein zum EVG-Vertrag. Das Scheitern der EVG bedeutete daher das faktische Aus der EPG, weil diese eng miteinander verbunden waren. Im Ergebnis führte es. Das Scheitern der EPG führte im Ergebnis aber~~ dazu, dass das Gemeinschaftsprinzip bis heute keinen Einzug in den Bereich der europäischen

Begründung

Dieser historische Abriss bringt dem Antrag inhaltlich keinen Mehrwert, sondern macht die Einleitung lediglich etwas zu langatmig. Die lange Einleitung mit dem historischen Abriss birgt die Gefahr, von den richtigen Forderungen weiter unten im Antrag abzulenken bzw. "den*die faule/n Leser:in" unaufmerksam zu machen.

Ä7 zu IA11: Unsere Vision einer föderalistischen Außenpolitik

Antragsteller*innen LV NRW (beschlossen am: 21.09.2022)

Antragstext

Von Zeile 108 bis 110:

voranzubringen und die Globalisierung aktiv mitzugestalten. Insbesondere mit gleichgesinnten Partnern ~~können~~sehen wir das Potenzial, auch außerhalb unserer Grenzen wichtige Arbeits- und Umweltstandards durchsetzen sowie Menschenrechte in der Welt

Begründung

In diesem Abschnitt wird allgemein viel zwischen den Zeilen hin- und hergesprungen und auch werden Zustandsfeststellungen mit Forderungen unübersichtlich vermischt ("ist eine Erfolgsgeschichte", "kann vorteilhaft sein", "haben uns dabei geholfen", "können wir").

Unser Formulierungsvorschlag versucht, Klarheit diesbezüglich zu schaffen. Gleichzeitig rudert er ein wenig zurück hinsichtlich der Durchsetzung von Arbeits- und Umweltstandards sowie der Menschenrechtsslage. Denn auch durch wertebasierten Handel ist die EU realistischlicherweise auch nicht in der Lage, die ganze Welt missionieren. Wäre dies möglich, wäre dies wohl schon längst geschehen.

Ä8 zu IA11: Unsere Vision einer föderalistischen Außenpolitik

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 138 bis 140:

Wir sehen auch, dass sich Europa in mehrfacher Hinsicht energiepolitisch von autoritären Staaten abhängig gemacht hat, die nachweislich systematische Menschenrechtsverletzungen begehen. Das ist für uns nicht hinnehmbar und war ein Fehler ~~und diesen~~. Diesen Preis dafür bezahlen wir jetzt. Zum einen sind wir auf Energieimporte in Form von fossilen

Von Zeile 145 bis 146 einfügen:

bei der angestrebten Energiewende aktuell auf China als Weltmarktführer in der Solarbranche sowie Gatekeeper auf dem für Windkraftanlagen entscheidenden Markt für seltene Erden angewiesen.

Ä9 zu IA11: Unsere Vision einer föderalistischen Außenpolitik

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 109 bis 112:

gleichgesinnten Partnern können wir auch außerhalb unserer Grenzen wichtige Arbeits- und Umweltstandards durchsetzen sowie **Menschenrechte** die Menschenrechtslage in der Welt **garantieren** verbessern zu können. Eine europäische Außenpolitik aus einem Guss wird uns auch dabei helfen, Beziehungen zu neuen Partnern und wichtigen Wachstumsregionen zu

Ä10 zu IA11: Unsere Vision einer föderalistischen Außenpolitik

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 65 bis 70:

nach außen mit einer Stimme zu sprechen. (Vielfalt im Innern – Einheit nach außen) In diesem ~~Fa~~europäischen Bundesstaat hat die föderale Regierung (Europäische Kommission) unumstrittene rechtliche Befugnis in der Außenpolitik, damit sie die Kompetenz bekommt, internationale/völkerrechtliche Verträge eigenständig verhandeln und abschließen zu können, wobei das Parlament mit einbezogen werden ~~sol~~temuss. Damit dies möglich wird, möchten wir die Beschlüsse des vergangenen Bundeskongresses

Ä11 zu IA11: Unsere Vision einer föderalistischen Außenpolitik

Antragsteller*innen Malte Heimbächer (LV Baden-Württemberg)

Antragstext

In Zeile 157:

~~4. Schutz der Demokratie und unserer Werte~~

- **Förderung und Schutz demokratischer Werte**

Begründung

Der Absatz handelt nur sehr abstrakt vom Schutz von Demokratien. Vielmehr geht es um die Förderung demokratischer Werte.

Ä12 zu IA11: Unsere Vision einer föderalistischen Außenpolitik

Antragsteller*innen Melvin Geretzky (JEF Baden-Württemberg)

Antragstext

Von Zeile 130 bis 134:

~~Auch in Anbetracht der Aufrüstung Chinas und der daraus resultierenden Bedrohung der Nachbarstaaten wie Taiwan, Japan und Südkorea muss sich die EU international für mehr Abrüstung einsetzen und aktiv an neuen Rüstungskontrollabkommen mitwirken. Keine Waffe kann langfristig den Weltfrieden garantieren.~~ Aufrüstung im Rahmen einer aggressiven Außenpolitik, wie sie China zur Bedrohung der Nachbarstaaten Taiwan, Japan und Südkorea durchführt, lehnen wir ab. Die EU sollte sich deshalb für wirksame Abrüstung einsetzen und aktiv an neuen Rüstungskontrollabkommen mitwirken.
Diplomatie und Verhandlungen müssen auch weiterhin das wichtigste Mittel zur

Begründung

Die Umformulierung des ersten Satzes soll verdeutlichen, dass wir als JEF eine aggressive Außenpolitik ablehnen. Der zweite Satz, dass keine Waffe langfristig den Weltfrieden garantieren könne, könnte in Anbetracht der aktuellen Debatten um Waffenlieferungen für die Ukraine missverständlich aufgefasst werden.

Ä13 zu IA11: Unsere Vision einer föderalistischen Außenpolitik

Antragsteller*innen Malte Heimbächer (LV Baden-Württemberg)

Antragstext

Von Zeile 175 bis 178:

Zusammenarbeit mit den Ländern des globalen Südens soll auf Augenhöhe passieren. Neokoloniale Bestrebungen ~~lehnen wir ab und sehen die Kreditvergaben Chinas kritisch, da die Staaten häufig nicht in der Lage sind, ihre Schulden zurückzuzahlen.~~ wie die Kreditvergaben Chinas, lehnen wir ab, da sie Abhängigkeiten zu den geldgebenden Staaten schaffen. Stattdessen setzen wir uns für eine Zusammenarbeit mit Ländern des globalen Südens auf Augenhöhe ein.

Begründung

Verdeutlichung, der Problematik der Abhängigkeiten

Ä14 zu IA11: Unsere Vision einer föderalistischen Außenpolitik

Antragsteller*innen Malte Heimbächer (LV Baden-Württemberg)

Antragstext

Von Zeile 24 bis 25 einfügen:

Die bestehenden Strukturen in der EU, wie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die hohe Repräsentantin, sind ein erster Schritt für mehr außenpolitische Verantwortung der EU. Gleichzeitig stellen wir als JEF fest, dass die bisherigen Maßnahmen nicht weit genug gehen. Vielmehr benötigt die Union ein Um- und Weiterdenken der bisherigen Ideen. Ursula von der Leyen hat bei ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union die

Begründung

Überleitung in den Antrag, die das Vorhandensein bestehender Strukturen würdigt, sie aber lediglich als ersten Schritt anerkennt. In Zusammenhang mit Ä5 gedacht, die historische Zusammenfassung zu streichen

Ä15 zu IA11: Unsere Vision einer föderalistischen Außenpolitik

Antragsteller*innen Malte Heimbächer (LV Baden-Württemberg)

Antragstext

Von Zeile 137 bis 138 einfügen:

Die EU spielt in der globalen Klimadiplomatie eine führende und treibende Rolle. Der European Green Deal nimmt sich vor, gegenüber Drittstaaten besonders als Vorbildfunktion, aber auch im Handel und im Finanzmarkt Standards zu setzen. Gleichzeitig sehen wir, dass bisherige Bemühungen noch nicht ausreichen und die Umsetzung zu lange dauert. Zusätzlich zu der Beschleunigung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen fordern wir ein verstärktes Engagement der EU und ihrer Mitgliedstaaten in internationalen Institutionen wie den UN-Klimakonferenzen ein. Hieraus können Kooperationen mit Nicht-EU-Staaten in Form von Klimaallianzen oder Klimaclubs als separate Abkommen entstehen.

Begründung

Die Diversifizierung von Rohstoffbezügen ist wichtig, ist allerdings keine klassische Außenpolitik. Daher als einleitender Absatz ein paar Punkte zum aktuellen Stand und daraus klassisch diplomatischen Mitteln der Außenpolitik als Ergänzung.

Ä17 zu IA11: Unsere Vision einer föderalistischen Außenpolitik

Antragsteller*innen Viola Nellessen (LV BW)

Antragstext

Von Zeile 92 bis 95:

Entscheidungsprozess einläuten: intergouvernementale Verhandlungen im Europäischen Rat und im Rat der EU haben ausgedient. ~~Der größte~~ Ein entscheidender Konstruktionsfehler war es, den Mitgliedstaaten ein letztinstanzliches Vetorecht einzuräumen. Nationale Interessen an einem Vetorecht sind nachvollziehbar, allerdings wird eine kohärente Außenpolitik dadurch zu häufig ausgebremst und verhindert.

Ä18 zu IA11: Unsere Vision einer föderalistischen Außenpolitik

Antragsteller*innen Vera Späth (LV BW)

Antragstext

Von Zeile 158 bis 168:

~~Als JEF fordern wir ebenfalls eine feministische Außenpolitik. Feministische Außenpolitik orientiert sich am Wohl der Menschen und berücksichtigt möglichst viele verschiedene Lebensrealitäten.~~ [Zeilenumbruch]

Europa ist eine Wertegemeinschaft und sollte sich aus diesem Grund weltweit für Menschenrechte einsetzen. Insbesondere Frauen und andere marginalisierte Gruppen werden bei Entscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik jedoch nicht ausreichend berücksichtigt, obwohl sie maßgeblich von deren Konsequenzen betroffen sind. Die EU ~~se~~llte deshalb als Fürsprecherin für die Gleichbehandlung von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen das Wort ergreifen und sie stärker an entsprechenden Entscheidungsprozessen beteiligen.

Aus diesem Grund fordern wir als JEF eine feministische Außenpolitik. Feministischer Außenpolitik liegt ein erweitertes Sicherheitsverständnis zur Grundlage, das nationale, staatliche Sicherheit auf die individuelle Sicherheit der Menschen erweitert. Dieses Sicherheitsverständnis beinhaltet auch eine Vorstellung von Frieden, die nicht nur die Abwesenheit von physischer, sondern auch struktureller Gewalt mitberücksichtigt. Als strukturelle Gewalt gelten alle Faktoren, die Menschen daran hindern ihr vollständiges Potenzial zu erreichen. Um diesen Zustand zu überwinden, berücksichtigt feministische Außenpolitik die mögliche strukturelle Gewalt in Handel, Kooperation und der Innenpolitik beider Länder, orientiert sich am Wohl der Menschen und berücksichtigt möglichst viele verschiedene Lebensrealitäten.

Gleichzeitig soll der historische Kontext der europäischen Außenpolitik bei künftigen außenpolitischen Entscheidungen bedacht werden, um

Begründung

Begriffserklärungen und Änderungen in der Formulierung und Struktur für bessere Lesbarkeit

Ä1 zu IA12: Kein neues Aghet

Antragsteller*innen Annika Sinner (LV Rheinland-Pfalz)

Antragstext

Von Zeile 78 bis 79:

- ~~Diplomat:innen und verwandte Gruppen, sowie regierungstreue~~ Regierungstreue Oligarch:innen verlieren ihren privilegierten Zugang zur Europäischen Union.

Begründung

Der Abbruch aller diplomatischer Beziehungen sollte nur im allergrößten Notfall (Beispiel Kriegszustand) vollzogen werden, da so die Kommunikationskanäle wegfallen. Selbst zu Russland wurden die diplomatischen Beziehungen nicht abgebrochen.

Ä2 zu IA12: Kein neues Aghet

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 39 bis 44 löschen:

Finanzsektor:

- ~~Die EU soll auch die Transaktionen der aserbaidischen Zentralbank verbieten und alle ihre Vermögenswerte einfrieren sowie die Vermögenswerte aserbaidischer Oligarch:innen ins Visier nehmen. Der aserbaidischen Zentralbank werden zudem weitreichende Beschränkungen für den Zugriff auf ihre Devisenreserven in der EU auferlegt.~~

Von Zeile 48 bis 86:

- Die EU soll ein Embargo gegen ~~per Schiff transportiertes aserbaidisches Öl~~aserbaidische fossile Energieträger (mit Übergangsfristen) verhängen.

Transportsektor:

Sanktionen gegen die politische Elite:

- ~~Der EU-Luftraum soll für alle in aserbaidischen Besitz befindlichen, in Aserbaidisch registrierten oder von Aserbaidisch kontrollierten Flugzeuge geschlossen werden. Diese Flugzeuge sollen damit nicht mehr in der Lage sein, im Gebiet der EU zu landen, zu starten oder es zu überfliegen.~~
- Die Bevölkerung Aserbaidischs sollte möglichst wenig von Sanktionen getroffen werden.
- ~~Der Export, Verkauf und Lieferung oder Weitergabe von Flugzeugen und Ausrüstung an aserbaidische Fluggesellschaften soll verboten werden – zusätzlich alle damit verbundenen Reparatur-, Wartungs- und Finanzdienstleistungen.~~
- Die Sanktionen sollen sich primär an Staatspräsident İlham Heydər oğlu İllyev und Vizepräsidentin Mehriban İllyeva (die Familie İllyev), den Ministerpräsident Ali Asadov, den Außenminister Jeyhun Bayramov, alle Milli meclis-Abgeordneten,

Azərbaycan Respublikası Prezidentinin Ərazi-Spöcherin Sahiba Gafarova, Vertreter des Militärs und zahlreiche Oligarch:innen richten.

- ~~Zudem sind in den EU-Ländern sowohl Häfen als auch Schleusen für aserbaidische Schiffe zu sperren. Ausnahmen gelten u.a. für Schiffe, die pharmazeutische, medizinische und landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Lebensmittel transportieren.~~
- ~~Die EU hat aserbaidischen Kraftverkehrsunternehmen die Einreise in die EU zu untersagen; Ausnahmen gibt es u.a. für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel.~~

Wirtschaft:

- ~~Der Zugang Aserbaidischans zu wichtigen Schlüsseltechnologien wie Halbleitern, modernster Software sowie zu Dual-Use-Gütern soll beschränkt werden.~~
- ~~Die Sanktionen sollen auch ein Importverbot von Holz, Zement und anderen Produkten, die wichtige Einnahmequellen für Aserbaidischans darstellen untersagen.~~
- ~~Exportverbote für Chemikalien, die zur Waffenherstellung genutzt werden können.~~
- ~~Es soll ein Importverbot für aserbaidisches Gold verhängt werden.~~

Visavergabe:

- ~~Diplomat:innen und verwandte Gruppen, sowie regierungstreue Oligarch:innen verlieren ihren privilegierten Zugang zur Europäischen Union.~~

Individuelle Einschränkung von Personen und Einrichtungen:

- ~~Die Sanktionen sollen sich jedoch primär an Staatspräsident İlham Heydər oğlu Əliyev und Vizepräsidentin Mehriban Əliyeva (die Familie Əliyev), den Ministerpräsident Ali Asadov, den Außenminister Jeyhun Bayramov, alle Milli meclis-Abgeordneten, Azərbaycan Respublikası Prezidentinin Ərazi-Spöcherin Sahiba Gafarova, Vertreter des Militärs und zahlreiche Oligarch:innen richten.~~

Von Zeile 89 bis 93:

- Diplomat:innen und verwandte Gruppen, sowie regierungstreue Oligarch:innen verlieren ihren privilegierten Zugang zur Europäischen Union.
- ~~Die Bevölkerung Aserbaidischans soll bestmöglich wenig getroffen werden, da sie mit am meisten unter dem aserbaidischen Regime leidet. Somit gilt unsere Solidarität auch denen, die unter dem Alijew-Regime in Aserbaidischans leiden.~~
- Das Einfrieren von Vermögenswerten der oben genannten Personen.

Von Zeile 96 bis 100:

~~Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand, welcher auch eingehalten werden muss und Friedensgespräche, welche eine Ausarbeitung und Umsetzung eines Friedensplans im Rahmen der Minsker Gruppe beinhaltet.~~

- einen sofortigen Waffenstillstand, welcher auch eingehalten werden muss und Friedensgespräche, welche eine Ausarbeitung und Umsetzung eines Friedensplans im Rahmen der Minsker Gruppe beinhaltet.

~~Diese Verhandlungen schlug das armenische Außenministerium schon in Bezug auf den aserbaidchanischen Überfall auf die Republik Arzach am 15. März 2022 vor.~~

- Sollte der Konflikt zunehmend eskalieren, bedarf es einer Verschärfung der Sanktionen.

Von Zeile 104 bis 108 löschen:

[1][Bergkarabach: Türkei schickt gezielt syrische Söldner - DER SPIEGEL](#)

[2][Zerstörung von armenischen Kirchen: Der Offizier auf dem Glockenturm - taz.de](#)

[3][GEMEINSAMER ENTSCHEIDUNGSANTRAG zur Zerstörung von Kulturerbe in Bergkarabach | RC-B9-0146/2022 | Europäisches Parlament \(europa.eu\)](#)

==

Ä3 zu IA12: Kein neues Aghet

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 2 bis 33:

~~Das europäische Parlament hat am 18. Juni 1987 die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern als Beitrittsvoraussetzung der Türkei in die EU aufgenommen und somit als eine der ersten größeren internationalen Organisation die Massaker und Todesmärsche von 1915 bis 1917 als Völkermord beschrieben. Weiterhin hat das EP am 15. April 2015 in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. April 2015 zu dem 100. Jahrestag des Völkermords an den Armeniern ([2015/2590\(RSP\)](#)) betont, dass „die rechtzeitige Verhütung und die wirksame Bestrafung von Völkermorden und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu den vorrangigsten Anliegen der internationalen Gemeinschaft und der Europäischen Union gehören sollten“.~~

Ein seit über 100 Jahren schwelender Konflikt zwischen dem Osmanischen Reich, seinen Nachfolgerstaaten und den Armeniern ist in dieser Woche durch aserbaidchanische Angriffe auf armenische Städte wieder heiß geworden. Das Lemkin Institute for Genocide-Prevention warnt vor weiteren Kriegsverbrechen, welche schon in der Region Bergkarabach seit dem Überfall auf die Republik Arzach vermehrt stattfinden. Am 13. September 2022 griff Aserbaidshan 39 Städte auf dem Staatsgebiet Armeniens an. Dies muss Konsequenzen für die Zusammenarbeit der EU mit Aserbaidshan haben.

Die EU ist zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission in Bezug auf die Verurteilung der Angriffe gespalten. Während das Europäische Parlament die Angriffe in vielen Anträgen verurteilt, macht die Kommission in bspw. der Person der Kommissionspräsident Ursula von der Leyen weitere Gasgeschäfte mit Alijews-Regime im Rahmen der "Kaviar-Diplomatie".

Wir als Junge Europäische Föderalisten sollten uns daher zu diesem Krieg unbedingt positionieren.

~~Der Bergkarabachkonflikt besteht in der Moderne seit 1918 und konnte innerhalb der~~

Sowjetunion eingehegt werden. Mit dem Zerfall der Sowjetunion flammte der Konflikt 1992 auf. Nach einem Krieg mit schlimmsten Menschheitsverbrechen von beiden Seiten ausgehend, erklärte sich die Republik Arzach für unabhängig. Völkerrechtlich gehört die überwiegend von Armeniern besiedelte Region zu Aserbaidshan. Im Jahr 2020 flammte der Konflikt neu auf. Mit Hilfe der von der Türkei an Aserbaidshan gelieferten Bayraktar-Drohne und ca. 1000 (vermutlich eher mehr) von der Türkei angeworbenen syrischen Söldnern[1] gelang es Aserbaidshan große Teile Bergkarabachs aus der Autonomieverwaltung, welche durch Armenien unterstützt wurde, zu erobern. Dies hatte 90.000 armenische Flüchtlinge und 40.000 aserbaidshanische Flüchtlinge zur Folge. Seither gibt es von Seiten Aserbaidshans auch in dieser Region Zerstörung des historischen Erbes Armeniens, wie bspw. die Zerstörung von Kirchen.[2] Auch das Europäische Parlament hat auf diese Art der Zerstörung von Kulturerbe in Bergkarabach reagiert.[3]

Am 13. September 2022 griff Aserbaidshan mit unter anderen Waffen aus Russland und der Türkei 39 Städte auf dem Staatsgebiet Armeniens an. Dies muss Konsequenzen für die Zusammenarbeit der EU mit Aserbaidshan haben. Sollte die EU weiterhin die „Kaviar-Diplomatie“ Aserbaidshans, einer wertegeliteten Außenpolitik vorziehen, so würde sie sich wie das Deutsche Kaiserreich von 1915 bis 1917 gegenüber den Armenier*innen verhalten. Leider sprechen derzeitige Verhandlungen über eine Steigerung von Gaslieferungen aus Aserbaidshan in die

In Zeile 38:

Die EU soll überdaraus hinaus folgende Sanktionen beschließen.:

Ä4 zu IA12: Kein neues Aghet

Antragsteller*innen Matthias Spies

Titel

Ändern in:

Kein weiterer Genozid an den Armenier*innen

Antragstext

Kein weiterer Genozid an den Armenier*innen

In der Nacht zum 13. September hat Aserbaidshan das souveräne Territorium Armeniens angegriffen. Der breit angelegte Krieg unter Einsatz von Artillerie und bewaffneten Militärdrohnen richtete sich gegen armenische Dörfer und Städte, die sich sowohl nahe der Grenze zu Aserbaidshan als auch tief im armenischen Kernland (wie z. B. auf den Kurort Dschermuk) befinden.

Über 200 armenische Soldat:innen sind gefallen oder werden vermisst. Es gibt Tote und Verletzte in der Zivilbevölkerung, zerstörte Häuser und Existenzen. Über 7.600 Zivilist:innen wurden vertrieben. Wieder einmal, nach dem 44-tätigen Krieg im Jahr 2020 um Bergkarabach, gab es zahlreiche Kriegsverbrechen: Kriegsgefangene wurden gefesselt, gefoltert, erniedrigt und getötet. Die Leichen getöteter Soldat*innen wurden geschändet.

Armenien ist eine der wenigen Demokratien im Südkaukasus. Seit 2018 befindet sich Armenien im Aufbau einer freien und pluralistischen Gesellschaft, in der europäische Werte und Menschenrechte eine zentrale Rolle spielen. Das größte Problem für die Existenz Armeniens stellt die Sicherheit des Landes dar. Das Land ist durch Autokratien, wie Aserbaidshan, Russland und die Türkei umgeben und wird stets in seiner Souveränität und Integrität bedroht.

Vor diesem Hintergrund ist es unerträglich, die gespaltene Reaktion der EU zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission in Bezug auf die Verurteilung der Angriffe zu sehen. Während das Europäische Parlament die Angriffe in vielen Anträgen verurteilt, macht die Kommission in bspw. der Person der Kommissionspräsident Ursula von der Leyen weitere Gasgeschäfte mit Alijews-Regime im Rahmen der "Kaviar-Diplomatie".

Wir, die Jungen Europäischen Förderalist:innen stehen an der Seite Armeniens und betonen daher unsere klare Verurteilung des aserbaidischen Angriffskrieges. Unsere Forderungen an die EU sind daher:

Verurteilung des aserbaidischen Angriffskrieges:

Die EU muss den Aggressor eindeutig benennen und ihn auffordern, das souveräne Gebiet Armeniens zu verlassen und somit den Stand vom 21. Mai 2021 wiederherzustellen.

Die EU soll ihre Mitgliedsstaaten sowie NATO-Mitglieder und ENP-Mitglieder (bspw. Israel) auffordern, keine weiteren Waffen und militärische Luftfahrzeuge (inklusive Drohnen) an Aserbaidschan zu liefern. Auch den Lieferungen von Dual-Use-Gütern stehen wir skeptisch gegenüber.

Die EU muss die destruktive Haltung Russlands und der Türkei in der Region verurteilen.

Wir unterstützen die von Emmanuel Macron im Rahmen des ersten Konvents der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPC) ausgehende Initiative der Einrichtung einer zivilen Mission der Europäischen Union entlang der Grenze Armeniens zu Aserbaidschan. Ebenso nehmen wir zur Kenntnis, dass Armenien und Aserbaidschan diesen Vorschlag am 07.10.2022 zustimmten, ein Bekenntnis zur Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung zur Alma Ata von 1991 abgaben und somit die territoriale Integrität und Souveränität des jeweils anderen anerkannten. Dieses Gespräch ist begrüßenswert und soll fortgeführt werden, da wichtige Aspekte, wie die Zukunft der Republik Artsakh und die Sicherheit der armenischen Bevölkerung in der Region Bergkarabach, weiterhin unklar bleiben. Des Weiteren fordern wir, dass auch in dieser Region Friedenstruppen der Europäischen Union entsandt werden, um potentielle Verbrechen gegen die Menschheit zu verhindern.

EU-Mitgliedsstaaten sollen die Einberufung eines internationalen Strafgerichtshof zur Aufklärung der Kriegsverbrechen in der Südkaukasus-Region nach dem Zerfall der Sowjetunion unterstützen. Des Weiteren soll eine Wahrheitskommission einberufen werden, um die Verbrechen gegen die Menschheit in dieser Region seit dem Zerfall der Sowjetunion aufzuklären.

Sanktionen gegen die politische Elite Aserbaidschans:

- **Regierungstreue Oligarch:innen verlieren ihren privilegierten Zugang zur Europäischen Union.**
- **Das Einfrieren von Vermögenswerten von Staatspräsident Ilham Heydər Aliyev und Vizepräsidentin Mehriban Aliyeva (die Familie Aliyev), den Ministerpräsident Ali Asadov, den Außenminister Jeyhun Bayramov, alle Milli meclis-Parlamentsabgeordneten, Vorsitzende des aserbaidischen Parlaments Sahiba Gafarova, Vertreter:innen des Militärs und zahlreichen**

Oligarch:innen.

Vorläufiges Sanktionspaket gegen die Regierung Aserbaidshans:

- Die EU soll ein Embargo auf alle fossile Energieträger verhängen. Wir verurteilen die am 18. Juli 2022 getroffene Absichtserklärung der vertieften Zusammenarbeit mit Aserbaidshan, die vor allem auf die Erhöhung der Gaslieferungen abzielt.
- Wir fordern die Aussetzung der Kooperation innerhalb der östlichen Partnerschaft mit Aserbaidshan, sowie die Aussetzung der strategischen Partnerschaft REPower EU Plan.

Sollte die aserbaidshische Regierung keine Bemühungen um Frieden erkennen lassen, indem keiner der nachfolgenden Forderungen nachgegangen wird, bzw. die Situation weiter eskaliert, sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten über folgende Sanktionen entscheiden.

- Der Zugang Aserbaidshans zu wichtigen Schlüsseltechnologien wie Halbleitern, modernster Software sowie zu Dual-Use-Gütern soll beschränkt werden.
- Exportverbote für Chemikalien, die zur Waffenherstellung genutzt werden können.
- Es soll ein Importverbot für aserbaidshisches Gold verhängt werden.

Forderungen an Aserbaidshan von deren Umsetzung weitere Sanktionsmaßnahmen abhängen:

- Wir fordern, dass die am 07.10.2022 ausgerufene Waffenruhe eingehalten wird.
- Die aserbaidshische Regierung muss gewährleisten, dass es keine Massaker an armenischen und artsakhischen (Bürger:innen der Republik Artsakh) Personen mehr gibt.
- Aserbaidshan muss unmittelbar, alle armenische und artsakhische Kriegsgefangene in Freiheit entlassen. Dies soll auch die Kriegsgefangenen des 44-tägigen Kriegs im Jahr 2020 umfassen.
- Aserbaidshan muss seine militärischen Kräfte von der Ost- und Westgrenze von Armenien zurückziehen.
- Aserbaidshan muss sich konstruktiv an den Friedensgesprächen beteiligen.
- Aserbaidshan soll die Geschichtsschreibung nicht weiter als Waffe benutzen, sondern eine transnationale, völkerverbindende und auf Aussöhnung bedachte Geschichtsschreibung mit Armenien suchen. Hierzu zählt auch in einem längeren Aussöhnungsprozess die Anerkennung des

Völkermords an die Armenier durch das osmanische Reich.

Ä1 zu IA14: [Dringlichkeitsantrag] Solidarität mit unterdrückten Menschen im Iran!

Antragsteller*innen Matthias Spies

Antragstext

Von Zeile 81 bis 82 einfügen:

- die Förderung und den Schutz von Organisationen der iranischen und kurdischen Diaspora, die sich für politische Bildung, Repräsentation, Kulturförderung und

Ä2 zu IA14: [Dringlichkeitsantrag] Solidarität mit unterdrückten Menschen im Iran!

Antragsteller*innen Fabian Elbs

Antragstext

Von Zeile 88 bis 89 löschen:

Die Europäische Union... sollte sich um eine einheitliche außenpolitische Linie gegenüber dem iranischen Regime bemühen und sich in der Verhängung von

Begründung

Erfolgt Mündlich

Ä3 zu IA14: [Dringlichkeitsantrag] Solidarität mit unterdrückten Menschen im Iran!

Antragsteller*innen Fabian Elbs

Antragstext

Von Zeile 9 bis 11 löschen:

unter anderem die Absetzung des Regimes, die Zerschlagung der religiös-ideologischen Elite unter dem Slogan: „Mullah, geh heim“ und "Tod, dem Diktator". Gleichzeitig fordert die iranische Zivilbevölkerung, für die eine

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä4 zu IA14: [Dringlichkeitsantrag] Solidarität mit unterdrückten Menschen im Iran!

Antragsteller*innen Fabian Elbs

Antragstext

In Zeile 22 einfügen:

Als Jugendverband, der sich

Begründung

Erfolgt mündlich

Ä5 zu IA14: [Dringlichkeitsantrag] Solidarität mit unterdrückten Menschen im Iran!

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
16.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 66 bis 68 einfügen:

und innerer Sicherheit der Bundesrepublik Deutschlands erkennen und dementsprechend handeln. Wir appellieren an die europäischen Regierungen, dem iranischen Regime mit konsequenten Sanktionen zu begegnen und es zu isolieren, solange es

Ä5 zu OA1: Einsetzung einer Bundesarbeitsgemeinschaft „Finanzen“

Antragsteller*innen Nds, NRW, Saarland

Antragstext

Von Zeile 17 bis 19:

hinaus soll die Bundesarbeitsgemeinschaft dem Bundesausschuss in Aufstellung und ~~Kontrolle~~Optimierung des Haushalts vorarbeiten, um eine qualitativ hochwertige Diskussion und Beschlussfassung zu ermöglichen und Fehlern vorzubeugen.

Ä6 zu OA1: Einsetzung einer Bundesarbeitsgemeinschaft „Finanzen“

Antragsteller*innen Nds, NRW, Saarland

Antragstext

Von Zeile 20 bis 23:

~~Zweitens soll diese Bundesarbeitsgemeinschaft auf der einen Seite die gegenwärtigen finanziellen Situationen sowohl des Bundesverbandes, als auch der Landesverbände im Blick behalten~~ Zweitens agiert die Bundesarbeitsgemeinschaft als Berater für die Landesverbände hinsichtlich finanzieller Belange und vor allem in Fragen der Fördermittelakquise und den Bundes- sowie die Landesschatzmeister:innen unterstützen. Sie soll sich aber auf der anderen Seite

Ä7 zu OA1: Einsetzung einer Bundesarbeitsgemeinschaft „Finanzen“

Antragsteller*innen Nds, NRW, Saarland

Antragstext

Von Zeile 25 bis 26 einfügen:

Landesverbände beschäftigen und trägt so dazu bei, den Verband nachhaltig auf ein solides monetäres Fundament zu stellen. Dabei stärkt und berät die BAG die JEF auf Bundes- und Landesebene darin, sich finanzielle Freiräume zu bewahren.

Ä8 zu OA1: Einsetzung einer Bundesarbeitsgemeinschaft „Finanzen“

Antragsteller*innen Nds, NRW, Saarland

Antragstext

Von Zeile 28 bis 30 einfügen:

beispielsweise dem Fundraising oder der Finanzierung von Großprojekten der JEF über Spenden. Insbesondere erstellt die AG einen umfassenden für alle Ebenen verbindlichen und durch einen BA-Beschluss legitimierten Kriterienkatalog unter welchen Voraussetzungen Sponsoring mit den Zielen der JEF konform ist.

Ä9 zu OA1: Einsetzung einer Bundesarbeitsgemeinschaft „Finanzen“

Antragsteller*innen Nds, NRW, Saarland

Antragstext

Von Zeile 32 bis 34 einfügen:

Landesverbände zum Austausch über sowohl kommunale Fördermöglichkeiten, als auch z. B. „Fördertöpfe“ auf Landesebene geschaffen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft dient dem Austausch der Landesverbände untereinander, um so Wissen über Finanzierungsmöglichkeiten zu akkumulieren und generelle finanzielle Praktiken kennenzulernen, welche in anderen Landesverbänden bereits erfolgreich angewandt werden. Der Bundesvorstand soll hier über eine:n entsprechende:n Multiplikator:in einerseits wichtigen Input zur

Ä10 zu OA1: Einsetzung einer Bundesarbeitsgemeinschaft „Finanzen“

Antragsteller*innen Nds, NRW, Saarland

Antragstext

Von Zeile 39 bis 42:

Orientierung dienen: Wo bestehen Abhängigkeiten zur Europa-Union? Wo können Verbesserungen erzielt werden? Welche Synergien können genutzt werden? ~~Gerade mit Hinblick auf die entstehende Beitragsdebatte in der EUD, ist hier eine Koordinierung und Strategieabstimmung sinnvoll.~~ Dabei stärkt und berät die BAG die JEF auf Bundes- und Landesebene, um eine Koordinierung und Strategieabstimmung mit der EUD zu gewährleisten.